

# Inhalt der Sitzung vom 13.12.2010

## TOP Ö 1

### Fragen der Bürgerinnen und Bürger

Herr Welk bedankte sich, dass die Bäume in der Handschuhsheimer Straße gefällt wurden. Nachdem er den Zustand in einer vorherigen Gemeinderatssitzung kritisiert hatte, betonte er, dass ihm nun auch ein offizielles Danke wichtig sei.

Herr Kistner schloss sich seinem Vorredner an und bedankte sich auch, dass die Gemeinde das Holz der Bäume den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung gestellt hat.

Herr Waber sagte, dass immer wieder berichtet würde, eine Straßenbahn ginge künftig durch Plankstadt. In diesem Zusammenhang gebe es auch eine Machbarkeitsstudie. Er fragte, ob diese vorliege und ob man sie als Bürger einsehen könne? Bürgermeister Schmitt informierte, dass die Studie noch nicht vorliegt, diese aber nach Erhalt für die Bürger offen gelegt werden soll.

Herr Waber erkundigte sich weiter nach dem Sachstand des von der SPD-Fraktion angeregten ehrenamtlichen Fahrdienstes. Der Bürgermeister sagte, dass hierfür die Busausschreibung vorliegen muss, dann wird das Thema mit aufgegriffen. Zuletzt kritisierte Herr Waber die Ampelschaltung an der Kreuzung Schwetzingen Straße/Eisenbahnstraße, die für ihn nicht erklärlich sei. Bürgermeister Schmitt sagte, dass es sich hier um keine Bedarfsschaltung handle, man diesen Kritikpunkt aber natürlich an das zuständige Landratsamt weiterleiten werde.

Herr Straub erkundigte sich nach der Zuständigkeit des Winterräumdienstes auf der Fußgängerbrücke nach Schwetzingen. Der Bürgermeister sagte, dass hier die Stadt Schwetzingen zuständig ist. Er sicherte eine Information der zuständigen Stelle zu.

## TOP Ö 2

### Entscheidung über die Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen nach § 78 Abs. 4 GemO

Die Gemeinde erhielt von der Weldebräu GmbH & Co. KG eine Spende in Höhe von 2.500 € für die Notgemeinschaft. Weiterhin erhielt die Gemeinde diverse Kleinspenden (Spenden bis 100 €) mit einem Gesamtbetrag von 1.016,72 €. Die Firma Mobil Sport- und Öffentlichkeitswerbung GmbH hat der Gemeinde ein City-Mobil durch Sponsoring von hiesigen Gewerbetreibenden zur Verfügung gestellt.

Der Bürgermeister gab seine Befangenheit bekannt und verließ den Ratstisch.

GR Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler (PL) sprach im Namen der PL-Fraktion Dank aus und gab die Zustimmung.

GR Karl Schleich (CDU) bedankte sich im Namen der CDU-Fraktion und gab die Zustimmung.

GR Jutta Schneider (SPD) dankte im Namen der SPD-Fraktion und gab die Zustimmung.

### **TOP Ö 3**

#### **Neufassung der Richtlinien über die Förderung der Vereine durch die Gemeinde Plankstadt**

Durch die Neufassung sollen sämtliche Vereinszuschüsse in einer Richtlinie zusammengefasst werden. Der Entwurf umfasst sämtliche Einzelbeschlüsse des Gemeinderats und soll eine bessere Übersichtlichkeit gewährleisten.

GR Gerhard Waldecker (PL) sagte, dass alle Fraktionen die Vereine tatkräftig unterstützen wollen. Man könne auch unter Berücksichtigung der angespannten Haushaltslage der Vorlage zustimmen, wolle allerdings eine Änderung in § 6 „Jubiläumsgaben“. Er stellte im Namen der PL-Fraktion den weitergehenden Antrag § 6 um einen zusätzlichen Sockelbetrag von 250 € zu ergänzen.

GR Karl Schleich (CDU) sagte, dass man in der derzeitigen Finanzlage froh sein muss, dass die laufenden Zuschüsse an die Vereine immer noch gewährt werden können. Er fragte, wie die Volkshochschule und die Musikschule von den Bürgern angenommen werden und bat um entsprechendes Zahlenmaterial, das ihm von Bürgermeister Schmitt durch Auflegen zugesichert wurde. Schleich gab die Zustimmung der CDU-Fraktion.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass die Anregungen aus dem Ausschuss eingearbeitet wurden. Er sprach den Vereinen Dank für ihre Arbeit für die Gemeinschaft aus. Im §3 Absatz 3 der Satzung forderte er die Arbeiterwohlfahrt zu streichen, da diese nicht zu dem betreffenden Kreis gehöre. Bürgermeister Schmitt sagte die Entfernung zu. Mende gab die Zustimmung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) bedankte sich bei der Verwaltung für die Fleißarbeit und bei den Vereinen für die gründlichen Auskünfte. Bei der Überarbeitung der Richtlinie vermisse sie eine soziale Komponente in Form einer Förderung von Geringverdienern, Behinderten und Senioren. Hier solle es einen reduzierten Vereinsbeitrag bezuschusst durch die Gemeinde geben. Sie gab die Zustimmung der GLP.

Bürgermeister Schmitt sagte, dass die Statistiken belegen, dass die Volkshoch- und die Musikschule auf festen Beinen stehen. In den kommenden Jahren ist möglicherweise mit einer Entlastung zu rechnen.

Der weitergehende Antrag der PL-Fraktion wurde mit 13 Ja-Stimmen von PL, CDU und GLP, 2 Gegenstimmen der SPD und 2 Enthaltungen von GR Gaby Wacker und BGM mehrheitlich angenommen.

### **TOP Ö 4**

#### **Beschluss der Satzung zur Änderung der Satzung über die Verpflichtung der Straßenanlieger zum Reinigen, Schneeräumen und Bestreuen der Gehwege (Streupflichtsatzung)**

Die Streupflichtsatzung vom 19.11.2001 bedarf in ihrem § 7 „Zeiten für das schneeräumen und das Beseitigen von Schnee- und Eisglätte“ einer Änderung der Zeiten der täglichen Pflichten. Die aktuelle Satzung gibt vor, dass die Gehwege werktags bis 7.00 Uhr, sonn- und feiertags bis 8.00 Uhr geräumt und gestreut sein müssen und die Pflicht um 22 Uhr endet.

Die Räum- und Streupflicht soll für die Gemeinde und die privaten Straßenanlieger künftig generell um 20.00 Uhr enden. Dies entspricht auch der gültigen Rechtslage gemäß eines BGH-Urteils, die besagt, dass der nächtliche Fahrzeug- und Fußgängerverkehr nicht gesichert werden muss.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) betonte die Wichtigkeit, dass im Bedarfsfall auch weiterhin außerhalb der Räumzeiten durch den Bauhof geräumt wird. Sie fragte an, ob es ein Gerichtsurteil gibt, das Bürgern die Verwendung von Streusalz untersagt, worauf Bürgermeister Schmitt informierte, dass dieses Verbot in der Gemeindegatzung geregelt ist. Sie gab die Zustimmung der PL-Fraktion und bat um Berichterstattung im Frühjahr über die neugewonnenen Erfahrungswerte.

GR Andreas Wolf (CDU) sagte, dass diese Änderung nachvollziehbar sei und gab die Zustimmung der CDU.  
GR Jutta Schneider (SPD) sprach von Entlastungen für Privatpersonen und einer Anpassung der Zeiten für den Bauhof, da hier weniger Personal zur Verfügung stünde. Sie gab die Zustimmung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) erachtete die Anpassung der Zeiten ebenfalls als gut und angenehm für die Bürger und gab die Zustimmung der GLP.

Bürgermeister Schmitt stellte klar, dass die Anpassung der Räumzeiten auf dem Arbeitsschutzgesetz beruht. Personalmangel als Ursache nicht zutreffend.

GR Andreas Berger (CDU) fragte, wie die Räumpflicht bei Grundstücken ohne Gehweg geregelt sei?  
Bürgermeister Schmitt informierte, dass hier ein Streifen in Gehwegbreite an dem Grundstück entlang zu räumen ist.

## **TOP Ö 5**

### **Neubau einer Kinderkrippe in Plankstadt und Errichtung einer provisorischen Kinderkrippengruppe im Gemeindeganzwesen Schwetzingen Str. 37**

Um dem steigenden Bedarf an Krippenplätzen in der Gemeinde Rechnung zu tragen ist es sinnvoll, bereits zum 1. März 2011 eine Krippengruppe in Betrieb zu haben. Dies ist der Stichtag, an dem die Zuschüsse der Kindertageseinrichtungen aus dem Finanzausgleich (FAG) berechnet werden. Um den Investitionskostenzuschuss des Bundes zur Schaffung neuer Krippenplätze in Höhe von maximal 360.000 € zu erhalten wurde bereits in der Gemeinderatssitzung vom 27.09.2010 ein Grundsatzbeschluss zum Neubau gefasst. Der Postillion e.V. hat ein Konzept für einen Neubau im Schulzentrum „Humboldtschule“ erarbeitet. Hierbei handelt es sich um eine Einrichtung für drei Gruppen. Die Kosten liegen abzüglich des Investitionskostenzuschusses bei ca. 487.000 €. Der Postillion e.V. wäre bereit, das Gebäude auf eigene Rechnung zu bauen und die Einrichtung für die nächsten 25 Jahre zu betreiben. Das Grundstück müsste dazu auf dinglich gesicherter Pachtbasis von der Gemeinde überlassen werden. Postillion e.V. würde nach Abzahlung des Gebäudes dieses kostenfrei an die Gemeinde übertragen. Bei einem Zuschuss der Gemeinde von 68 % (gesetzliche Vorgabe des KiTaG) entsteht ein Zuschussbedarf von 293.949,58 € im Jahr. Hiervon sind als pauschale FAG-Zuweisung des Landes maximal 77.200 €/Jahr bei der vorgeschlagenen Ausgestaltung der Öffnungszeiten (7.00 – 17.00 Uhr) abzuziehen, so dass die Gemeinde aus eigenen Mitteln einen Betrag in Höhe von jährlich mindestens 216.749,58 € zu finanzieren hat. Eine Bezuschussung in Anlehnung an die bisher in den konfessionellen Kinderkrippen erhobenen Beiträge bedeutet jährlich einen nochmals zusätzlichen finanziellen Mehraufwand von 57.079,62 €, was einer Anhebung der Grundsteuer um mehr als 20 Punkte entsprechen würde.

GR Silke Layer (PL) sagte, dass das Thema bereits in mehreren Sitzungen vorberaten wurde und man sich im Gremium bereits ein umfassendes Bild schaffen konnte. Es handle sich um eine notwendige und sinnvolle Einrichtung, auch wenn die finanzielle Belastung letztlich bei der Gemeinde liege.

GR Jutta Schuster (CDU) sagte, dass man seit Jahren schon über die Schaffung der Krippenplätze diskutiere. Die Betreuungseinrichtungen der Kirchengemeinden bieten schon Krippenplätze, doch ein weiterer Bedarf existiere. Sie fragte, ob man bei dem Provisorium von 10 Plätzen ausgehe, was von Bürgermeister Schmitt bejaht wurde. Sie versicherte sich, dass die angebotenen langen Öffnungszeiten nur gehalten würden, wenn auch der tatsächliche Bedarf da ist. Zuletzt fragte sie, nach den Kosten des Umbaus, die der Bürgermeister mit ca. 10.000 € beziffern konnte. Sie gab die Zustimmung der CDU-Fraktion.

GR Gaby Wacker (SPD) sagte, dass die SPD den Standort schon vor zehn Jahren vorgeschlagen habe. Der Neubau trage der Nachfrage Rechnung und sei für die Gemeinde ein wichtiger Standortfaktor. Mit den Vertragskonditionen sei man einverstanden, allerdings sei man mit der Beitragshöhe nicht einverstanden, da diese nicht sozial gestaffelt sind. Für die Krippenplätze in der neuen Kindertagesstätte, und dann natürlich auch in den bestehenden Kinderkrippen, müsse aus ihrer Sicht eine Sozialstaffelung der Gebühren vorgenommen werden. Sie gab die Zustimmung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) sagte, dass die vorgesehenen Örtlichkeiten geeignet seien und man möglicherweise durch einen späteren Erweiterungsbau oder durch Freiwerden von Schulräumen in der Humboldtschule Kinderkrippe und Kindergarten an einem Standort haben könne. Die Gebühren seien angemessen da die Betreuungsstunde umgerechnet lediglich ca. 2,50 € koste und dies bei 15 Schließtagen und Öffnungszeiten von 7.00 Uhr bis 17.00 Uhr. Sie habe früher für eine Tagesmutter 5 € je Stunde bezahlen müssen, was auch heute ein durchaus üblicher Preis sei. Sie gab die Zustimmung der GLP.

## **TOP 6**

### **Einführung des getrennten Gebührenmaßstabs bei der Abwasserbeseitigung Auftragsvergabe und Übertragung der weiteren Bearbeitung an den Zweckverband Bezirk Schwetzingen**

Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg hat mit Urteil vom 11. März 2010 – 2 S 2938/08 – entschieden, dass die Erhebung einer nach dem frischwassermaßstab berechneten einheitlichen Abwassergebühr für die Schmutz- und Niederschlagswasserentsorgung auch bei kleineren Gemeinden in aller Regel gegen den Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 Grundgesetz sowie das Äquivalenzprinzip verstößt. Daher sind alle Gemeinden in Baden-Württemberg gehalten, einen getrennten gebührenmaßstab für das anfallende Schmutz- und Niederschlagswasser einzuführen. Die Bürgermeister der fünf Gemeinden des Sprengels Schwetzingen – Brühl, Ketsch, Oftersheim, Plankstadt und Schwetzingen – haben sich dahingehend abgestimmt, dass in allen fünf Gemeinden eine grundlegend gleiche Systematik für die gesplittete Abwassergebühr eingeführt wird, um eine Gleichbehandlung aller BürgerInnen im gebiet des Sprengels sicher zu stellen. Zudem bietet sich dieses einheitliche Vorgehen an, weil alle fünf Gemeinden über den Zweckverband Bezirk Schwetzingen bei der Abwasserentsorgung kooperieren.

GR Silke Layer (PL) sagte, dass das neue Verfahren gerechter, aber auch deutlich aufwändiger ist und nicht nebenher realisierbar. Eine Zusammenarbeit mehrerer Kommunen ist hier sinnvoll. Sie betonte, dass eine Einführung einer gründlichen Vorinformation der Bürger bedürfe und fragte, was mit den vorhandenen Luftaufnahmen geschehe. Sie fragte weiter, ob die Bürger mit dem Bescheid nur eine Tabelle oder auch kartografisches Material erhalten.

Bürgermeister Schmitt erläuterte, dass jeder Eigentümer eines Grundstücks mit Wasseranschluss ein kartografisches Infoblatt bekommt, aus welchem die festgestellten versiegelten Flächen hervorgehen. Die Luftbildaufnahmen gibt es schon länger; die neueste Befliegung vom März dieses Jahres hat nunmehr eine

Auflösung von ca. 7 cm /Pixel und ist als damit Grundlage für die Auswertung geeignet. Die Bilder sind unter Verschluss in der Verwaltung nur für den Dienstgebrauch. Die Bürger werden durch Informationsbroschüren sowie eine Informationsveranstaltung über die Vorgehensweise und das Verfahren umfassend informiert, darüber hinaus werde eine Telefonhotline eingerichtet, an die sich Bürger bei Fragen wenden können. Sie gab die Zustimmung der PL.

GR Dr. Udo Weis (CDU) sagte, dass es dem Gemeinderat nicht zustehe, ein Urteil zu hinterfragen, obwohl das Regenwasser nicht das Kernproblem unseres Abwassers darstelle. Es gäbe eine Reihe von Schwierigkeiten, aber es sei gut, dass man in den umliegenden Gemeinden ein gleiches Vorgehen gewählt habe. Er gab die Zustimmung der CDU.

Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass das Gerichtsurteil der Gemeinde keine andere Wahl lasse und forderte, dass den Bürgern eine Informationsveranstaltung angeboten werde. Er gab die Zustimmung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) erinnerte an das früher angebotene kommunale Umweltprogramm und sagte, wer sich damals darauf eingelassen habe sei nun besser gestellt. Der neue Gebührenmaßstab sei gerechter. Sie gab die Zustimmung der GLP.

## **TOP 7**

### **Bekanntgabe der in der letzten nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 15.11.2010 gefassten Beschlüsse**

BGM Schmitt wies auf die ortsübliche Bekanntgabe folgender in der letzten nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 15.11.2010 gefassten Beschlüsse an der Bekanntmachungstafel im Rathaus hin:

#### **TOP NÖ 1**

##### **Verkauf eines Gemeindewohnhauses**

Der Bürgermeister wurde mit dem Verkauf beauftragt.

#### **TOP NÖ 2**

##### **Verkauf eines Gewerbegrundstücks**

Mehrheitliche Zustimmung des Gemeinderates.

#### **TOP NÖ 3**

##### **Befristete Mietreduzierung für ein Gewerbeobjekt**

Der Bürgermeister wurde beauftragt, weitere Verhandlungen zu führen.

## **TOP 8**

### **Verschiedenes, Bekanntgaben des Bürgermeisters und Anfragen aus dem Gemeinderat**

#### **Bekanntgaben des Bürgermeisters:**

Bürgermeister Schmitt informierte die Gemeinderäte, dass am 22.12.2010 um 15 Uhr die offizielle Verkehrsfreigabe der B 535 erfolgt. Den Gemeinderäten wird im Anschluss an die Sitzung noch eine offizielle Einladung übergeben und er bitte um Rückmeldung bis spätestens Freitag, 17.12.2010.

Am 16.12.2010 erfolgt die Ausstellung der Arbeiten der Architekturstudenten/innen der SRH Hochschule zur Umgestaltung und Umnutzung des Wasserturms im Foyer des Gemeindezentrums. Diese Ausstellung wird den Bürgerinnen und Bürgern einige Wochen im Foyer zur Besichtigung offen stehen.

Der Bürgermeister ließ in kurzer Form das scheidende Jahr 2010 noch einmal Revue passieren. Er betonte, dass man 2010 mit der Aufnahme ins Landessanierungsprogramm ein Großprojekt begonnen hat, das künftig einen Meilenstein in der Gemeindeentwicklung darstellen wird. Konflikte aus 2010 sollten auch in diesem Jahr bleiben und nicht im neuen Jahr 2011 zu einer Belastung werden. Wenn man etwas verändern will, sollte man bei sich selbst anfangen, denn Selbstkritik ist zielführender als andere zu kritisieren. Bürgermeister Schmitt dankte den Gemeinderäten/innen für die Zusammenarbeit und die gemeinsam erledigten Aufgaben. Seinen besonderen Dank sprach er allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde aus, für das im Jahr 2010 gemeinsam Geleistete. Er wünschte ein schönes Weihnachtsfest und betonte, dass er sich auf die weitere Zusammenarbeit 2011 bereits jetzt freut.

GR Gerhard Waldecker (PL) sagte, dass ein ereignisreiches Jahr 2010 vorüber ist und die Zeit gekommen ist, danke zu sagen. Nach 2 Jahren Amtszeit des Bürgermeisters ist eine deutliche Handschrift erkennbar. Er lobte die Verwaltung, die in allen Teilen gute Arbeit geleistet hat. Insbesondere auch die gute Arbeit auf dem Friedhof der Herren Glasbrenner und Harzer und die Arbeit von Herrn Schardt auf dem Häckselplatz erfuhr sein Lob. Die Außendarstellung des Ratsgremiums ließe weiterhin noch Spielraum nach oben offen, er dankte jedoch für die Zusammenarbeit und wünschte schöne Weihnachten.

GR Jutta Schuster (CDU) sagte, dass man 2010 einige große Entscheidungen getroffen habe, aber auch noch große Entscheidungen in den kommenden Jahren anstehen werden. Sie sprach den Ratskollegen und den Mitarbeitern der Verwaltung Dank für die Zusammenarbeit im Jahr 2010 aus. Sie wünschte schöne Weihnachten und betonte, dass alle Gemeinderäte für das Wohl Plankstadts arbeiten.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass 2010 nicht alles schön und wohlklingend war, sich aber alle Mühe gegeben hätten. Es gäbe noch Verbesserungsmöglichkeiten in der Zusammenarbeit, eventuell müsse man sich im neuen Jahr doch über einen Ehrenkodex unterhalten. Er wünschte schöne Weihnachten.

GR Sigrid Schüller (GLP) bedankte sich für die gute Zusammenarbeit im scheidenden Jahr 2010 und wünschte ein schönes Weihnachtsfest.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass man das Holz der gefälltten Bäume in der Handschuhsheimer Straße hätte versteigern können, auch wenn Pappelholz qualitativ nicht hochwertig sei.

Bürgermeister Schmitt erklärte, dass dies auch überlegt wurde, die Kosten für den Transport letztlich aber höher

gewesen wären als der Verkaufserlös. Daher erschien es als die beste Lösung, das Holz kostenlos allen Bürgern zur Verfügung zu stellen und dadurch die Kosten für den Transport einzusparen.

GR Karl Schleich (CDU) sagte, dass in der Lessingstraße auf der rechten Seite kurz vor dem Netto kein Gehweg vorhanden sei und fragte an, ob man dort einen Gehweg anlegen könne. Bürgermeister Schmitt sagte, dass das Gelände der Bahn gehöre, man dort jedoch anfragen werde. Im Rahmen der ab 2012 vorgesehenen Neugestaltung der Lessingstraße könne dies dann mit angegangen werden.

GR Gaby Wacker (SPD) regte an, künftig die Buden für den Weihnachtsmarkt so anzuordnen, dass der Platz für den Markt noch größer wird. Sie regte an, künftig einen „Kinderwagenparkplatz“ anzubieten.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) erkundigte sich nach Schlaglöchern durch den Wintereinfall in Plankstadt und fragte, welches Vorgehen geplant sei. BAL Boxheimer sagte, dass im Bedarfsfall, wenn dies witterungsbedingt möglich sei, eine provisorische Schließung durchgeführt werde.